

STANDPUNKT



„Viele der angedachten Maßnahmen brauchen noch Zeit, Geld und das gelingende Zusammenwirken verschiedener Akteure im Gesundheitswesen.“

Generaloberin Gabriele Müller-Stutzer
Präsidentin des Verbandes
der Schwesternschaften vom DRK e.V.

Darf's ein bisschen MEHR sein?

Die Konzentrierte Aktion Pflege stellt ihre Ergebnisse vor

► Wie erreichen wir eine spürbare Verbesserung der Situation der beruflich Pflegenden in Deutschland?

Neben den drei initiativen Bundesministerien, dem Bundesministerium für Gesundheit, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales waren weitere Ministerien, die Länder, die Kassen, Vertreter der Pflegekammern und fast 50 Verbände (inklusive des DPR) quer durch das gesamte Spektrum Pflege und Gesundheit beteiligt, um Antworten auf die zentrale Frage zu finden und Handlungsschritte aufzuzeigen. Am 4. Juni wurden nach einem Jahr intensiver Beratungen die Ergebnisse der Konzentrierten Aktion Pflege (KAP) vorgestellt.

Es sollen MEHR Personal, MEHR Geld, MEHR Ausbildungsplätze, MEHR Verantwortung und MEHR Digitales kommen (Weitere Informationen unter www.bundesgesundheitsministerium.de/konzentrierte-aktion-pflege.html).

Hinter den Überschriften verbergen sich zahlreiche sinnvolle Ideen, ambitionierte Absichten und noch konkret zu erarbeitende Schritte. Viele der angedachten Maßnahmen brauchen auf dem langen Weg in den erlebbaren Arbeitsalltag von Pflegekräften noch Zeit, Geld und das gelingende Zusammenwirken verschiedener Akteure im Gesundheitswesen mit den politisch Verantwortlichen. Einzelne Arbeitsergebnisse der KAP bleiben auch nach deren Verabschiedung umstritten.

So wird heute Jedermann der grundsätzlichen Forderung der KAP nach einer deutlich verbesserten Vergütung von Pflege(fach)kräften insbesondere in der stationären Langzeitpflege zustimmen.

Bekanntermaßen finanzieren die Bewohner der Altenpflegeeinrichtungen ihren Heimaufenthalt über die Kostenpauschalen der Pflegeversicherung plus eigene Mittel. Reichen z.B. Renteneinkünfte hierfür nicht aus, bezahlt die Kommune den verbleibenden Fehlbetrag über die steuerfinanzierte „Grundsicherung“ oder Angehörige müssen finanzielle Lasten der Heimunterbringung übernehmen.

Wenn die Gehälter der Pflege(fach)kräfte deutlich steigen, hat dies zur Folge, dass vermutlich die Mehrheit der Heimbewohner gezwungen sein dürfte, beim städtischen Sozialamt die Grundsicherung zu beantragen. Die Sozialämter werden wiederum in dem Bemühen, die Kostenbelastung zu reduzieren, vermehrt auf die Angehörigen der Heimbewohner mit Zahlungsforderungen zukommen.

„Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen für Menschen, die als Pflege(fach)kräfte eine wesentliche Aufgabe und Verantwortung in einer alternden Gesellschaft übernehmen.“

Alternativ müsste der Beitrag zur Pflegeversicherung bei den Arbeitnehmern und Rentnern sowie den Arbeitgebern deutlich erhöht werden, um die Finanzierung der Mehrkosten zu gewährleisten. Weitere Modelle sind vorstellbar.

Es gehört zur Wahrheit dazu, am Ende des Tages der Bevölkerung auch deutlich zu sagen: Wir wollen bessere Arbeitsbedingungen für Menschen, die als Pflege(fach)kräfte eine wesentliche Aufgabe und Verantwortung in einer alternden Gesellschaft übernehmen. Wir wissen, dass eine quantitativ und qualitativ angemessene Personalausstattung in Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen ein messbarer Beitrag zur Qualität der Patientenversorgung und des Lebens in seinen letzten Jahren sein wird. Und darum brauchen wir einen gesellschaftlichen Diskurs und Konsens darüber, was uns eine bessere Personalausstattung, eine angemessene Bezahlung von Pflege(fach)kräften und moderne Arbeitsumgebungen in diesem Land wert sind.

Wenn Pflege und Betreuung von alten und kranken Menschen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die wir an qualifizierte Menschen im Gesundheits- und Sozialwesen übertragen, muss unsere Gesellschaft gewillt und in der Lage sein, den erforderlichen Preis dafür zu zahlen.